

p.B. 15.21 Ro. (3)

FK/au

Vertraulich

ag

A u f z e i c h n u n g
des Gesprächs mit dem Aussenminister von Rumänien,
George MACOVESCU,
in Bern am 16. Mai 1974

An dem in französischer Sprache geführten 1 1/2stündigen Gespräch im "Lohn", das zur Hauptsache der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gewidmet war, beteiligten sich

auf schweizerischer Seite:

Bundesrat Pierre Graber	Vorsteher des EPD
Botschafter Ernesto Thalmann	Generalsekretär
Botschafter Rudolf Bindschedler	Rechtsberater
Botschafter Charles Müller	Chef der Politischen Abteilung I
Botschafter François de Ziegler	Chef des Politischen Sekretariats
Karl Fritschi	Stellvertr. Chef der Politischen Abteilung I (Aufzeichnung)

auf rumänischer Seite:

George Macovescu	Aussenminister
Valentin Lipatti	Sonderbotschafter, Chef der KSZE-Delegation in Genf
Ion Georgescu	Botschafter in Bern
V. Sanislau	Kabinettschef des Aussenministers



Nach der Begrüssung durch Bundesrat Graber dankt Aussenminister Macovescu für den Empfang bei diesem so kurzfristig angesetzten Besuch. Gespräche mit den Aussenministern von Belgien und von Luxemburg in den Hauptstädten dieser Länder sowie in Genf mit dem hier anwesenden Sonderbotschafter Lipatti sind vorausgegangen; eine Begegnung mit dem italienischen Kollegen wird in Rom folgen.

Hauptthema des heutigen Gesprächs soll wie bei den erwähnten Aussenministertreffen die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bilden; die gegenwärtige Situation in Genf und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen verdienen es nach rumänischer Auffassung, in einem freimütigen Meinungsäustausch erörtert zu werden.

Die Bedeutung, welche die rumänische Regierung der Sicherheit beimisst, ist bekannt. Die erstrebte Sicherheit darf mit der KSZE nicht gleichgesetzt oder gar mit ihr verwechselt werden: die Konferenz ist lediglich e i n e s der Mittel, um das Ziel, die Sicherheit, zu erreichen. Ein Prozess ist im Gange; es geht um ein System, das es erlauben wird, sich vor allen Unfällen der Geschichte zu schützen, ein System auch, das es jedem Staat ermöglichen wird, gemäss seinem eigenen Willen zu leben, ohne diese Sicherheit in Frage zu stellen.

In gewissen Ländern herrschen Vorstellungen, wonach diese Konferenz zu einem Friedensvertrag über die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs hätte führen sollen. Die Geschichte lehrt indessen, dass die Wirklichkeit anders ist; trotz mancherlei Verträgen hat es in der Vergangenheit immer wieder Unfälle gegeben. Auch die Zukunft wird uns Probleme bereiten. Was uns indessen beschäftigt, ist nicht bloss ein bestimmtes Modell, wie dies die KSZE bildet, sondern es ist zur Hauptsache der Prozess für Entspannung und Frieden, der sich zurzeit abspielt.

In Helsinki haben die Aussenminister ohne Schwierigkeiten die Empfehlungen verabschiedet, welche die Delegationen ihrer Länder in Dipoli ausgearbeitet hatten. Die Vertreter der Teil-

nehmerstaaten haben ihre Standpunkte das erste Mal in einem positiven Geiste der Zusammenarbeit erläutert. Natürlich gab es Nuancen in der Beurteilung der Dinge; man war sich zudem einig, dass für die zweite Konferenzphase in Genf schwierige, ja sehr komplexe Verhandlungen bevorstehen würden. Wichtig war indessen, dass damals der hierfür notwendige politische Wille vorhanden war, der die Ueberzeugung erlaubte, man werde die Genfer Phase innert vernünftiger Zeit durchführen können.

In Genf haben die Delegationen der Teilnehmerstaaten ihre Standpunkte nunmehr des langen und breiten dargelegt. Rumänien tat dies nicht als Mitglied eines Blocks und nicht als Teil eines bestimmten geographischen Bereichs, sondern als ein Staat, der in Europa existiert und der in einem gegebenen Kontext seine ihm angemessene Rolle in aller Bescheidenheit spielen will. Bei der laufenden Redaktionsarbeit haben gewisse delikate Fragen eine Antwort gefunden, andere bleiben nach wie vor offen. Wir sind jetzt an einem kritischen Punkt angelangt.

Die zweite Phase der Konferenz kann jedoch nicht ad calendae graecas weitergezogen werden. Das Interesse der politisch massgeblichen öffentlichen Meinung wird sonst erlahmen, und Pessimismus wird sich breitmachen. Es könnte dann die Auffassung aufkommen, Europas Sicherheit habe eine Schlappe erlitten.

Gewisse Kreise zeigen denn auch schon die Tendenz, die Bedeutung der Fragen von Europas Sicherheit herabzusetzen, um dergestalt dieses Dossier so rasch wie möglich zu schliessen.

Folgendes Vorgehen ist jetzt aus rumänischer Sicht angezeigt:

1. Die Redaktionsarbeit - und damit der Gang der Konferenz - darf nicht auf Kosten der auszuarbeitenden Texte beschleunigt werden. Wir brauchen Texte, die nützlich sind für Europas Sicherheit, nützlich für die Zukunft unseres Kontinents.

2. Gleichzeitig müssen wir indessen die noch zur Verfügung stehende Zeit nützen und sie nicht für übertriebenen Perfektionismus vergeuden. Ohne jetzt schon ein Datum fixieren zu wollen, ist Rumänien bereit, die Konferenz innert vernünftiger Zeitspanne zu beenden.

Es zirkulieren Gerüchte, wonach die beiden Supermächte insgeheim übereingekommen seien, die dritte Phase der Konferenz Anfang Juli zu beginnen. Wenn dies tatsächlich der Fall ist, sollten alle Konferenzteilnehmer darüber aufgeklärt werden. Wir lassen uns nicht vor ein fait accompli stellen. Rumänien ist über den derzeitigen Stand der Dinge besorgt, und wir wissen, dass andere Staaten es auch sind.

Die Traktandenliste der Weltpolitik wird immer grösser und stets komplexer; es besteht die Tendenz, die KSZE an's Ende dieser Tagesordnung zu setzen.

Bundesrat Graber möchte den Rahmen der Diskussion erweitern und die KSZE in einen grösseren Zusammenhang stellen.

Die Entspannung, die unser Kontinent seit einigen Jahren kennt, hat ihre Voraussetzung in einer gewissen Stabilität, die ihrerseits vom globalen Gleichgewicht garantiert wird. Die Schweiz hat als neutraler Kleinstaat die geschichtliche Erfahrung gemacht, dass in unserem geographischen Bereich ein solches Gleichgewicht die Erhaltung der Unabhängigkeit unseres Staates am besten sicherstellt.

Militärisches Ungleichgewicht und politische Entspannung sind unvereinbare Begriffe. In diesem Sinne erzeugt Abrüstung an sich noch keine Entspannung, sondern es verhält sich vielmehr gerade umgekehrt: die Abrüstung ist Frucht der Entspannung. Das Interesse ist deshalb verständlich, welches wir den Wiener Verhandlungen über die Reduktion der Streitkräfte in Zentraleuropa wie auch den SALT-Gesprächen zwischen Moskau und Washington entgegenbringen. Die Frage der Beziehungen zwischen den MBFR, den

SALT und der KSZE verdient deshalb unser Interesse.

Es wäre unrealistisch, die Augen vor der Tatsache schliessen zu wollen, dass in Europa das militärische Gleichgewicht in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage auf der Existenz von Militärblöcken beruht. Wir stehen so vor einem Paradox: Die Entspannung setzt auf unserem Kontinent ein militärisches Gleichgewicht voraus, das zurzeit auf der Existenz von Blöcken beruht. Nun stand aber gerade die Bildung dieser Blöcke am Anfang der Entzweiung unseres Kontinents; ihre Ueberwindung ist deshalb im wahren Interesse der europäischen Staaten und eines der Hauptziele der KSZE. Wie ist dieser offensichtliche Widerspruch zu überwinden? Wir können die bescheidene Hoffnung hegen, dass sich aus einer Konferenz wie der KSZE etwas in Richtung von Entspannung und Sicherheit entwickeln kann.

Hinzu kommt schliesslich, dass Europas Probleme nicht isoliert, d.h. ohne Rücksicht auf die Lage in der übrigen Welt betrachtet werden können. So haben die Ereignisse im Nahen Osten, der Oktoberkrieg und die Oelkrise, gezeigt, wie gross die Interdependenz zwischen Europa und diesem Erdteil ist.

Was die von Aussenminister Macovescu aufgeworfene Frage der Konferenzdauer betrifft, so sind unsere Standpunkte einander ähnlich. Es besteht die Gefahr einerseits des schwindenden Interesses, andererseits eines zu raschen Konferenzabschlusses ohne nützliche Ergebnisse. Es gilt einen Zeitpunkt zu wählen, der es erlaubt, um diese Klippen herumzukommen. Die mittleren und kleineren Staaten haben eine Rolle zu spielen versucht, die ihnen angemessen ist: dieses Ergebnis sollte Bestand haben.

Bezüglich des Konferenzabschlusses sind wir davon ausgegangen, hierfür den Sommer vorzusehen.

Botschafter Lipatti: Bis zum Ferienbeginn (1. August) bleiben uns noch 2 1/2 Monate. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass wir innert nützlicher Frist an ein Ende kommen sollten. In der

- 6 -

gegenwärtigen Etappe der Redaktionsarbeit sind noch 5, 6 oder 7 wichtige Fragenkomplexe zu regeln: sie betreffen alle Körbe.

Unter Aufbietung aller Kräfte vermöchten wir in einem Marathon die Texte bis Ende Juni, Anfang Juli zu bereinigen und die dritte Phase zu beginnen. Hiefür braucht es allerdings einen festen politischen Willen, ansonst ist dieser Kalender in Gefahr.

Nach den Worten von Botschafter Bindschedler bestehen berechtigte Zweifel darüber, dass der eben erwähnte notwendige politische Wille in gewissen Ländern tatsächlich vorhanden ist. An der Konferenz herrschen heute weniger die Perfektionisten als vielmehr die "Imperfektionisten": Man tritt in der Sache an Ort, verhindert die Verwirklichung von Vorschlägen und drängt zu einem raschen Abschluss.

Erwähnung verdient bei alledem z.B. das deutsche Problem. Die BRD hat den andern deutschen Staat anerkannt und möchte mit ihm doch spezielle Beziehungen unterhalten. Die DDR ihrerseits zeigt sich von einer absoluten Starrheit.

Die Supermächte sind zu raschem Abschluss bereit. Im militärischen Bereich der CBM (vertrauenbildende Massnahmen) wollen sie nichts mehr erreichen.

Wir haben indessen von unseren Aussenministern in Helsinki den Auftrag erhalten, etwas zu tun.

Unsere Zusammenarbeit mit der rumänischen Delegation in Genf ist ausgezeichnet, ihr gebührt deswegen unser Dank.

Aussenminister Macovescu zollt der Zusammenarbeit der rumänischen und der schweizerischen Delegation ebenfalls seine Anerkennung und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, sie möge weiterhin Bestand haben.

Die Nation wird noch für unbestimmte Zeit eine Realität bleiben und damit noch lange eine wesentliche Rolle spielen. Deshalb müssen wir noch lange mit Staaten rechnen.

Rumänien ist durch Fügung des Schicksals in einer besonderen Situation: es ist ein sozialistischer Staat in einer gegebenen geographischen Lage. Nach den schmerzlichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und nach dem Kalten Krieg zeigte sich die Notwendigkeit, ein Sicherheitssystem zu finden, das von der Realität ausgeht, d.h. von der Existenz unabhängiger, souveräner Staaten.

Das erwähnte Gleichgewicht in Europa ist jenes, das seinerzeit in Jalta geschaffen worden ist. Tatsächlich stützt sich die damals beschlossene Teilung der Welt und damit auch Europas durch die Schaffung zweier Blöcke auf einem Gleichgewicht nicht zuletzt militärischer Art.

Dieses System hatte in der Vergangenheit seine Verdienste. Auch wenn man über diese Verdienste geteilter Meinung sein kann, so bleibt doch die Tatsache, dass dieser Zustand ohne offenen Krieg bereits länger gedauert hat als die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen.

Wir finden Widersprüche zwischen objektiven Tendenzen: die Entwicklung zur Integration steht im Gegensatz zu den souveränen Staaten. Einerseits besteht ein militärisches Gleichgewicht, andererseits muss das darauf beruhende System der Teilung von Jalta ersetzt werden.

Rumänien ist gegen die Blöcke, die ihre ehemalige Rolle ausgespielt haben. Es muss etwas Neues geschaffen werden. Hiefür haben wir keinen fertigen Ausführungsplan. Es geht um ein Sicherheitssystem in Europa, dass allmählich, schrittweise, ohne Ueber-eilung das System der Blöcke ersetzt. Wir haben damit bereits begonnen. In den Beschlüssen von Helsinki wurden diesbezügliche Prinzipien festgelegt.

Ohne Berücksichtigung der militärischen Aspekte kann keine Entspannung konzipiert werden. Rumänien hat deshalb zwischen Helsinki/Genf und Wien einen Zusammenhang gesehen. Am letzten

Moskauer Treffen des Warschauer Paktes hat die rumänische Delegation die Absicht der Supermächte und anderer Staaten, die Lösung der delikaten Probleme einer Reduktion der Streitkräfte in Europa in Angriff nehmen zu wollen, sehr positiv bewertet. Sie hat aber gleichzeitig die Auffassung vertreten, dass die Behandlung dieser Fragen nicht auf eine Diskussion von Vertretern der Staaten Zentraleuropas beschränkt bleiben sollte. A l l e Staaten sind davon betroffen, auch wenn sie - wie Rumänien - keine Atomwaffen besitzen, keine fremden Truppen im eigenen Land haben und keine eigenen Truppen auf ausländischem Territorium unterhalten. Deshalb haben wir damals in Moskau vorgeschlagen, alle Probleme mit sämtlichen Staaten Europas zu diskutieren, zumindestens hierüber in diesem Sinne vorläufig eine Absichtserklärung abzugeben. Wir wurden allerdings kritisiert, und es wurde uns entgegengehalten, man könne nicht alles auf einmal unternehmen und verwirklichen.

Ueber den Gang der Wiener Verhandlungen sind wir nicht allzu pessimistisch. Wenn wir nicht eingeladen worden sind, so werden wir doch von Mitgliedern der NATO und von Vertretern des Warschauer Paktes, die an diesen Gesprächen teilnehmen, auf dem laufenden gehalten. Für die Wiener Verhandlungen wurde nach rumänischer Auffassung zu wenig in Aussicht genommen; indessen ist es immerhin ein Anfang.

Rumänien ist selbst verantwortlich für seine eigene Sicherheit. Wir sind nicht bereit, ohne weiteres Beschlüsse zu akzeptieren, die in Wien in unserer Abwesenheit gefasst werden können. Wir sind deshalb nach wie vor für eine Verbindung, die zwischen Wien, andern Abrüstungsverhandlungen in New York und in Genf sowie der KSZE hergestellt werden muss.

Was die Wechselbeziehungen zwischen Nahem Osten und Europa betrifft, so ist zu bedenken, dass nicht nur dieser Erdteil unseren Kontinent beeinflusst. Als es letztes Jahr im Laufe des offenen Kriegs im Nahen Osten, zum Alarm kam, da wurden Rückwirkungen auf das Konferenzgeschehen in Genf befürchtet. Doch ist nichts dergleichen eingetreten.

- 9 -

Während seiner letzten Reise in den Nahen Osten ist Präsident Ceaucescu auch mit seinem syrischen Kollegen zusammengetroffen. Präsident Assad ist für die Beendigung des Krieges und für die Erhaltung des Friedens. Nun besteht aber seit langen Jahren eine kriegerische Lage, und es ist deshalb für ihn nicht leicht, die Politik seines Landes zu ändern. Die rumänische Seite hat dem syrischen Präsidenten grössere Flexibilität nahegelegt. Nun wird ja der offene und kalte Krieg nicht allein von den Arabern und den Israelis gemacht, sondern auch von all jenen Staaten, die an einem dauerhaften Frieden nicht interessiert sind. Wir haben Israel den Rat gegeben, Assads Vorschläge ernstzunehmen und zu beherzigen.

Auf die Frage, ob zwischen den Supermächten wegen des Nahen Ostens und der KSZE eine Art Handel vereinbart worden sei, erklärt Aussenminister Macovescu abschliessend, es sei dies wohl möglich, es gelte aber, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

*

*

*

Nach diesem Meinungsaustausch, der knappe 1 1/2 Stunden dauerte, begaben sich die beiden Delegationen zum Mittagessen, das ebenfalls im "Lohn" stattfand.

Beim Apéritiv kam die Frage der Folgen der Konferenz zur Sprache, die im engern Kreis diskutiert wurde.